



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Andree Hachmann
Alte Bahnhofstraße 18
48432 Rheine
☎ 05975 306578
☎ 05975 306579
✉ info@ra-hachmann.de

14.02.2017

Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden der Stadt Rheine Andree Hachmann zum Haushalt 2017

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren der Stadtverwaltung,
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rheine!

I. Haushalt

Wir als schwarz-grüne Kooperation haben uns im Jahr 2014 das Motto 10 Millionen in 10 Jahren gegeben, um das strukturelle Defizit der Stadt Rheine von eben diesen etwa 10 Millionen Euro abzubauen und um mit einer - zugegebenerweise - plakativen Devise deutlich zu machen, dass die Haushaltssanierung ein langfristiger Prozess ist.

Heute im dritten Jahr unseres Sanierungsprozesses verabschieden wir einen Haushalt, der einen Überschuss von fast 500.000,00 Euro aufweist.

Dieser Haushaltsüberschuss ist aber nur zum Teil unser Erfolg.

Ich sage das so selbstkritisch, wie deutlich, damit niemand auf die Idee kommt, dass der Sanierungsprozess abgeschlossen ist. Denn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind so gut, wie lange nicht mehr. Die Steuereinnahmen sprudeln, Bund und Land entlasten die Kommunen - wenn auch nicht in ausreichendem Maße, so doch mehr also früher - und die Kreisumlage sinkt trotz gesteigener Gesamtausgaben. Die äußeren Rahmenbedingungen, die ich im letzten Jahr schon aufgezählt habe, sind weiter sehr gut.

Um es auch deutlich zu sagen: Wer es in diesen Tagen nicht schafft, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, der wird es - so meine feste Überzeugung - nie mehr schaffen.

Doch was daran ist unser Erfolg? Wo stehen wir tatsächlich auf dem Weg, die 10 Millionen in 10 Jahren aufzubringen.



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Hier ein kurzer Überblick über die Ergebnisse unserer Beschlüsse:

Reduzierung der Ausgaben für die Pflegekosten der Sportplätze - 24 TEuro
Reduzierung des Zuschusses an die Stadtbibliothek - 25 TEuro
Reduzierung der Ausgaben für die offene Jugendarbeit, die offene Behindertenarbeit und offene Altenarbeit - 40 TEuro
Reduzierung der Mittel für die Pflege der öffentlichen Grünflächen - 92 TEuro
Reduzierung des Zuschusses an die EWG - 135 TEuro
Nichteinführung der Leistungsorientierten Bezahlung für Beamte - 180 TEuro
Erhöhung der Gebühren bei Übergangwohnheimen und für die Sondernutzung von öffentlichen Verkehrsflächen - 19 TEuro
Erhöhung der Elternbeiträge für die Offene Ganztagschule - 60 TEuro
Anhebung der Grundsteuer - 3,37 Mio. Euro

Macht zusammen 3,945 Mio. Euro, also leicht gerundet knapp 4 Mio. Euro.

4 Millionen im dritten Jahr sind unser Erfolg.

Ohne unsere Maßnahmen hätte der Haushalt keinen Überschuss, sondern ein Defizit von etwa 3,6 Mio. Euro.

Wir können also mit Fug und Recht behaupten, dass die erstmalige Verabschiedung eines strukturell ausgeglichenen Haushalts unser Erfolg ist!

Soweit, so gut. Aber die Nettoneuverschuldung liegt im Jahr 2017 immer noch bei 10,9 Mio. Euro. Die Verschuldung insgesamt liegt bei 45,4 Mio. Euro und mit einem Abbau der Verschuldung ist vor 2019 wohl nicht zu rechnen.

Richtig ist allerdings auch, dass ein Großteil der Sanierungsmaßnahmen durch die Grundsteuererhöhung erreicht worden ist. Und da möchte ich an dieser Stelle auch den Ratskollegen der SPD - mit denen wir traditionell am stärksten im Wettbewerb stehen - danken, die als einzige Ratsfraktion neben der schwarz-grünen Kooperation, die Grundsteuererhöhung auch in dieser Höhe mitgetragen hat.

Immerhin haben wir es durch diese deutliche Erhöhung endlich geschafft, den alljährlichen Werteverzehr zu stoppen, und bürden nicht weiter alles den zukünftigen Generationen auf.

Nur noch mal all denen zur Erinnerung, die jetzt eine Grundsteuersenkung fordern:

Im Jahr 2006 lag der Anfangsbestand der Vermögenswerte der Stadt Rheine bei 348 Mio. Euro. Jetzt im Haushaltsjahr 2017 liegt der Vermögensbestand bei 240 Mio. Euro. Das ist ein Werteverzehr von 108 Mio. Euro! Fast ein Drittel des Vermögens in nur einem Jahrzehnt verbraucht.

Und da Zahlen für die meisten sehr abstrakt sind will ich es plakativer machen: Der Erhöhungsbetrag der Grundsteuer müsste noch über 32 Jahre lang ohne Verrechnung mit anderen Ausgaben in die



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Stadtkasse fließen, bevor der Bestand von 2006 überhaupt erst wieder nominal erreicht würde. Wenn man das jetzt noch inflationsbereinigt - und einfach mal die Inflationsraten der vergangenen 32 Jahre zugrunde legt - dann sprechen wir nicht mehr von 32 Jahren, sondern von etwa 100 Jahren!

100 Jahre, um überhaupt erst wieder da zu sein, wo wir 2006 waren. Kann man sich kaum vorstellen. Gelingt aber auch nur dann, wenn wir die nächsten 100 Jahre keine Defizite mehr machen. Da wir in diesem Jahr erstmalig einen Haushalt mit Überschuss verabschieden, ist die Wahrscheinlichkeit, dass das die nächsten 100 Jahre so weitergeht, doch eher bei Null.

Es kann also im Moment allenfalls von einer Entspannung die Rede sein. Von einer Lösung sind wir etwa ein Jahrhundert entfernt.

Was bleibt uns also übrig, will man nicht nach dem Motto verfahren, nach uns die Sintflut?

Die Antwort ist klar: Den Sanierungskurs unbeirrt weiterführen.

So stehen noch die Prüfaufträge im Bereich der Museen, Stadtbibliothek, Volkshoch- und Musikschule aus.

Warum ausgerechnet da, mag sich jetzt einer fragen?

Weil das fast alles freiwillige Leistungen sind, die wir nicht machen müssten.

Und wenn jetzt in den vergangenen Tagen wieder davon gesprochen wird, dass die Musikschule doch einen wichtigen Beitrag zu Erziehung und Bildung unserer Kinder leistet, dann ist das grundsätzlich richtig. Die Musikschule kostet uns aber in 2017 auch 920 TEuro Zuschuss, das sind grob 33 Punkte der Grundsteuer. Wir haben die Grundsteuer seinerzeit um 120 Punkte erhöht. Ohne Musikschule wären es nur 87 gewesen.

Stadtbibliothek: 36 Punkte der Grundsteuererhöhung. Wir sind nur noch bei 51 Punkten.

Städtische Museen: 44 Punkte. Noch 7 Punkte. Wir nähern uns.

Volkshochschule: 16 Punkte.

Endlich! Wir können die Grundsteuer um 9 Punkte unter den alten Stand senken.

Dummerweise haben wir gerade Musikschule, Volkshochschule, Stadtbibliothek und alle Museen geschlossen. Wir können das ja mal bei den Bürgern zur Abstimmung stellen, Grundsteuersenkung um 129 Punkte gegen Schließung der genannten Einrichtungen. Es darf gezittert werden.

Das sei all jenen ins Stammbuch geschrieben, die meinen, Einzelabfragen bei den Bürgern ergäben sinnvolle Ergebnisse. Die Welt ist auch auf der kommunalen Ebene komplex, verzahnt und schwierig. Es gibt keine einfachen Lösungen. Weder bei einer Radstation und erst recht nicht, beim Thema kommunale Finanzen.

Es hilft alles nichts, wir - als gewählte Repräsentanten der Bürger - müssen schauen, wo man mit Augenmaß weitere Kosten reduzieren kann. Daher stellen wir heute neue Prüfaufträge.

Wir wollen Doppelstrukturen innerhalb der Stadt und zwischen Stadt und Kreis identifizieren und abbauen. Kooperationen mit anderen Gemeinden oder dem Kreis anregen. Kloster Gravenhorst und



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Kloster Bentlage können bestimmt voneinander profitieren, und bestenfalls sparen Stadt und Kreis beide und Rheine dann sogar noch mal über eine mögliche Reduzierung der Kreisumlage. Das ist neudeutsch eine Win-Win-Situation.

Bei den Marketingkosten wollen wir Synergieeffekte aufdecken, bestenfalls auch hier unnötige Dopplungen abschaffen, um Kosten zu sparen.

Diese Anträge bringen wir heute ein, um den eingeschlagenen Weg "10 Millionen in 10 Jahren" fortzusetzen.

II. Planen und Bauen

Daneben wollen wir aber auch weiter gestalten.

Das Gesicht unserer Stadt wird sich in den kommenden Jahren deutlich verändern.

Die Emsgalerie ist fertig, der Busbahnhof nimmt Gestalt an, die Historische Meile ist in ersten Teilen fertig gestellt. Der Rahmenplan Innenstadt ist hier ein Wegweiser zur Umgestaltung und Verbesserung unserer Stadt. Der Marktplatz als Aushängeschild steht als nächstes Projekt an. Aber auch für den Staelschen Hof und das Hertiegebäude deuten sich erste Lösungen an.

Auf der anderen Emsseite der Innenstadt soll das Ems-Einkaufszentrum endlich die ungelösten Probleme an der Lingener Straße aufnehmen. Der Paseo ist passe. Warten wir die konkreten Planungen ab, die auch nach dem Tod von Herrn Büscher, dem Rheine viel zu verdanken hat, von seiner Tochter weitergeführt werden. Auch die Öffnung des östlichen Emsufers wird von uns konstruktiv begleitet und unterstützt.

Im Norden von Rheine entsteht das Gewerbegebiete Holsterfeld, das Rheine in Kooperation mit Salzbergen aufstellt. In Rheine R und in der Verlängerung bis zum Innovationsquartier wird weiterhin gebaut. Die Planungskosten für die Querspange sind sowohl bei Kreis und Stadt gesichert. Jetzt wäre es schön, wenn auch das Land endlich die Finanzierung aufbrächte, immerhin wurden hier mit Millionen Fördergeldern des Landes alte Bahnflächen in Gewerbeflächen umgewandelt, ganz so, wie es gewünscht ist, um Flächen zu sparen. Die notwendige Erschließung wird nun aber verweigert. Das ist kurzsichtig und gefährdet die eigenen Landesentwicklungsziele.

Großprojekt im Dorenkamp ist die Überplanung eines ganzen Quartiers zwischen Ferdinand- und Richardstraße. Hier wurde im Rahmen des Projekts "Soziale Stadt" ein Architektenwettbewerb initiiert, der in Zusammenarbeit mit dem Wohnungsverein hoffentlich bald das Siegerprojekt zur Umsetzung bringt.

Und schließlich entsteht mit der Eschendorfer Aue ein völlig neues Stadtviertel auf dem Gelände der ehemaligen General-Wever-Kaserne. Hier hoffen wir bald Eigentümer der Flächen zu werden, um mit den Planungen weiter voranschreiten zu können.

Wichtig bleibt aber auch die Entwicklung von kleineren und größeren Bauflächen in allen anderen Teilen der Stadt, wie beispielsweise Hauenhorst, Rodde und Elte. Insbesondere in Elte warten wir seit Jahren auf ein schlüssiges Gesamtkonzept. Ohne ein solches Konzept streiten wir mit der Bezirksre-



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

gierung um einzelne Grundstücke. Dem Landesentwicklungsplan der rot-grünen Regierung sei Dank, der eigentlich das Ende der Entwicklung kleiner Ortsteile vorsieht. Schön, wenn die Landesregierung einem vorschreiben will, wo man zu leben hat.

In diesem Zusammenhang sei mir ein kleiner Hinweis auf die Landesebene gestattet, immerhin haben wir Landtagswahl in diesem Jahr: Das eigene Wohnbaukonzept der Landesregierung, in dem völlig zu Recht der Bau von mehr Wohnungen vorgesehen ist, überschreitet bereits die landesplanerischen Vorgaben zum Flächenverbrauch. Nimmt man das Ernst, dann dürfte keine einzige Gewerbefläche mehr im gesamten Land NRW neu erschlossen werden.

Gut gemeint ist eben noch lange nicht, gut gemacht.

III. Kinder und Soziales

Es besteht weiterhin ein großer Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschulalter, sowohl in Tagespflegen als auch in weiter zu entwickelnden Kita-Plätzen in den verschiedenen Stadtteilen. Diesen Bedarf wollen wir decken.

Aber natürlich kommt man auch hier nicht an dem Thema Kosten vorbei.

Die KiBiz-Finanzierung des Landes ist aber nach wie vor strukturell defizitär und führt dazu, dass sich bei Neuausschreibungen von Kitas kaum noch Bewerber für die Trägerübernahmen finden lassen.

Wir geben heute für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege etwa 24 Mio. Euro aus. Die Eltern steuern mit 2,26 Mio. Euro nicht einmal 10% dazu bei - das ist kein Vorwurf, sondern eine Tatsache, die es auch einmal deutlich zu machen gilt - und vom Land NRW bekommen wir gut 10 Mio. Euro. Das heißt aber auch, dass wir als Stadt jedes Jahr über 11 Mio. Euro für unsere Kinderbetreuung ausgeben.

Die SPD will - und jetzt muss ich noch einmal kurz in den Wettbewerb eintreten - auf Landesebene die Elternbeiträge für Kindergartenkinder weitgehend abschaffen. Kosten: Ein hoher dreistelliger Millionenbetrag. Wer den bezahlen soll, wird natürlich nicht gesagt. Ich habe extra den Wahlprogrammentwurf der Landes-SPD dazu durchsucht. Kein Wort zur Gegenfinanzierung.

Ich habe aber eine Ahnung, auf wem der Millionenbetrag am Ende wieder hängen bleibt.

Ähnliches gilt für die massiv steigenden Ausgaben im Bereich der Behindertenhilfe. Der LWL gibt 2017 2,4 Mrd. Euro aus und bis 2025 steigen diese Kosten um rund eine Milliarde Euro. Das sind etwa 120 Mio. Euro zusätzliche Kosten in den kommenden knapp 10 Jahren. Auf den Kreis Steinfurt entfallen nach Schätzungen des Landrats etwa 10 Mio. Euro, was für uns bedeutet, dass wir als Stadt Rheine davon etwa 2 Mio. übernehmen müssen.

Das sind dann 20 Millionen in 10 Jahren.

Die wir als Kommune alleine tragen müssen. Da fragt man sich doch unwillkürlich warum? In anderen Bundesländern ist es ganz anders. Hier in NRW werden wir im Regen stehen gelassen.

Soviel auch zu meiner These, wer es in diesem Jahr nicht schafft, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, der schafft es nie mehr.



Fraktion im Rat der Stadt Rheine

Allein an diesem Beispiel wird aber auch deutlich, dass der Haushalt für uns als Kommune nicht verlässlich steuerbar ist.

Kurz noch ein paar Zahlen: Die Ausgaben für die Kreisumlage und die Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe hatten im Jahr 2008 mit 27 Mio. Euro einen etwa gleichen Ausgangswert. Während die Kreisumlage bis 2017 um 8 Mio. Euro auf 35 Mio. Euro gestiegen ist, war es bei der Sozial- und Jugendhilfe fast doppelt soviel. 2017 liegen wir bei 42 Mio. Euro, was einer Steigerung von 15 Mio. € entspricht.

Die Gesamttransferaufwendungen sind von 2008 bis 2017 von rund 63 Mio. Euro um 33 Mio. Euro auf fast 96 Mio. Euro gestiegen. Das ist mehr als die Hälfte des Gesamthaushaltes.

Das ist eine Steigerung von etwa 53% in nur 10 Jahren, oder anders ausgedrückt: 30 Millionen in 10 Jahren.

IV. Ausblick

Im Ergebnis können wir also froh sein, dass wir endlich mal keinen Haushalt mit einem Defizit verabschieden und dürfen stolz darauf sein, das wir in diesem Jahr zu denen gehören, die den nachfolgenden Generationen nicht noch mehr Bürden auferlegen.

Was aber auch klar sein muss, die Kommunen müssen auf eine andere finanzielle Basis gestellt werden. Wir brauchen dringend eine solidere Finanzausstattung der Kommunen, sonst wird uns jeder Handlungsspielraum genommen.

Ganz falsch wäre es aber, wenn wir uns jetzt angesichts dieser Zahlen unserem Schicksal ergeben. In allen Haushalten besteht Handlungsspielraum, überall können neue und andere Standards oder Prioritäten gesetzt werden.

Das ist unsere Aufgabe.

Dafür bedarf es aber Mut auch mal Dinge zu entscheiden, die auf den ersten Blick unpopulär sind oder unverständlich erscheinen.

Wir sollten aber sicherlich das ein oder andere Mal etwas besser erklären, warum wir zu welchen Entscheidungen kommen.

Ich hoffe, zumindest heute ausreichend erklärt zu haben, warum der Sanierungsweg richtig und wichtig ist und trotz eines geringen Überschusses konsequent weiter gegangen werden muss.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Andree Hachmann
Vorsitzender der CDU-Fraktion